

**Assange-Freilassung: Deutsche Prominenz fordert Baerbock auf,
bei ihrem USA-Besuch aktiv zu werden**

8.9.2023

<https://gegenzensur.rtdeworld/inland/180146-assange-freilassung-deutsche-prominenz-fordert/>

Prominente aus Politik, Kultur und Medien fordern in einem offenen Brief die Außenministerin auf, sich bei ihrem kommenden USA-Besuch für die Freilassung von Wikileaks-Gründer Julian Assange einzusetzen. Bereits im Juni erhielt Baerbock eine ähnlich lautende Aufforderung seitens Transparency International Deutschland.

Im April 2022 hat ein britisches Gericht entschieden, dass der WikiLeaks-Gründer Julian Assange, nach jahrelanger Gefängnis-Tortour im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh, theoretisch an die USA ausgeliefert werden könnte. Diese Überführung würde den mehr als angeschlagenen und schwer traumatisierten Assange in zusätzliche akute Lebensgefahr bringen. Mitte September reisen Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock in die USA, um an der UN-Generalversammlung teilzunehmen. Prominente Namen aus der deutschen Kultur- und Politszene appellieren nun in einem offenen Brief an die Außenministerin, sich nachdrücklich in der Causa Assange ihren US-Kollegen gegenüber bemerkbar zu machen.

Die Unterzeichnenden erwarten von Baerbock, dass sie "bei den bevorstehenden Gesprächen in Washington etwa mit Ihrem Amtskollegen Antony Blinken den Fall Assange thematisieren und sich deutlich für ein Ende der Verfolgung von Assange einsetzen". Einleitend heißt es in dem Brief:

"Sehr geehrte Frau Ministerin Baerbock, wir sind in großer Sorge um die Gesundheit und das Leben des Journalisten Julian Assange sowie die Bedrohung der Meinungs- und Pressefreiheit in Europa."

Baerbock hatte sich vor zwei Jahren rein strategisch Wählerstimmen erhoffend für eine Freilassung Assanges eingesetzt. Daran erinnert auch der offene Brief:

"Wir erinnern an Ihre Erklärung im September 2021, nur wenige Tage vor der Bundestagswahl, in der Sie sich der Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 27. Januar 2020 sowie dem Appell des UN-Sonderberichterstatters Nils Melzer angeschlossen und die 'sofortige Freilassung' von Julian Assange gefordert haben."

Seit ihrer Wahl zur Außenministerin hat sich Baerbock nur auf Aufforderung und zudem auffällig ausweichend zu dem Thema positioniert. Die diesbezügliche Kritik lautet in dem Schreiben:

"Es ist paradox, berechtigte Kritik an der Unterdrückung von Journalisten in Diktaturen zu üben, aber zu der Verfolgung von Assange durch die Führungsmacht des freien Westens zu schweigen. Eine wertebasierte Außenpolitik muss auch gegenüber Partnern und Verbündeten gelten. Wer sich den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtet sieht, kommt nicht umhin, sich auch für die Freiheit von Julian Assange einzusetzen."

Es läge rein "in der Hand von US-Präsident Biden und seiner Regierung, das Ermittlungsverfahren gegen Assange zu beenden", daher wird Baerbock nachdrücklich aufgefordert, "bei all Ihren Gesprächen in Washington dafür Brücken zu bauen, dass Julian Assange nicht länger in Haft bleibt und endlich freikommt". Nach einer möglichen Ausweisung an die USA droht Julian Assange dort eine Anklage wegen Spionage und die angekündigte Höchststrafe von 175 Jahren Gefängnis.

Zu den [Erstunterzeichnenden](#) gehören der Initiator und Journalist Günter Wallraff, wie auch unter anderem der SPD-Politiker Sigmar Gabriel, Günter Verheugen (Vizepräsident der Europäischen Kommission a.D.), Herta Däubler-Gmelin (Bundesministerin a.D.), Alice Schwarzer (Publizistin), Gesine Schwan (Politikwissenschaftlerin), Volker Schlöndorff (Filmregisseur), Frank Castorf (Regisseur), Lisa Fitz (Kabarettistin), Friedrich Küppersbusch (Fernsehproduzent) und Claus Peymann (Theaterregisseur).

Bereits im Juni dieses Jahres [forderte](#) auch die deutsche Sektion von Transparency International Außenministerin Baerbock auf, in der Causa proaktiv zu agieren. Zudem lautete die Aufforderung an die Politikerin der Grünen:

"Auch in Deutschland müssen wir aus dem Fall Assange lernen und die nötigen gesetzgeberischen Konsequenzen ziehen. Wir rufen Sie in diesem Kontext dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass Whistleblower:innen im Bereich der nationalen Sicherheit künftig rechtssicher geschützt werden und dies auch nicht pauschal ausgeschlossen ist, wenn Verschlusssachen aufgedeckt werden."

Sehr geehrte Frau Ministerin Baerbock,

wir sind in großer Sorge um die Gesundheit und das Leben des Journalisten Julian Assange sowie die Bedrohung der Meinungs- und Pressefreiheit in Europa. Deshalb wenden wir uns im Vorfeld Ihrer Reise in die USA an Sie.

Seit nunmehr 13 Jahren kann Assange, der Gründer und Herausgeber der Enthüllungsplattform Wikileaks, nicht mehr in Freiheit leben. Seit April 2019 ist er im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in London inhaftiert, wo er auf die Entscheidung warten muss, ob er von Großbritannien an die USA ausgeliefert wird. Dort erwartet ihn wegen seiner journalistischen Arbeit eine Anklage wegen Spionage, es droht ihm eine Höchststrafe von 175 Jahren Haft.

Wir teilen die Auffassung von Amnesty International, Reporter ohne Grenzen und nahezu allen Menschenrechtsorganisationen und Journalistenverbänden weltweit, dass die Verfolgung von Julian Assange einen schwerwiegenden Angriff auf die Medienfreiheit darstellt, den es mit aller Entschlossenheit zurückzuweisen gilt. Die anhaltende Inhaftierung von Assange, deren Ende nicht in Sicht ist, steht in eklatantem Widerspruch zum universellen Grundrecht auf Meinungsfreiheit.

Wir erinnern an Ihre Erklärung im September 2021, nur wenige Tage vor der Bundestagswahl, in der Sie sich der Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 27. Januar 2020 sowie dem Appell des UN-Sonderberichterstatters Nils Melzer angeschlossen und die „sofortige Freilassung“ von Julian Assange gefordert haben.

Wir erwarten, dass Sie als Mitglied der Bundesregierung bei Ihren bevorstehenden Gesprächen in Washington etwa mit Ihrem Amtskollegen Antony Blinken den Fall Assange zur Sprache bringen und sich deutlich für ein Ende der Verfolgung von Assange einsetzen. In Ihrem Einsatz für verfolgte Journalisten darf es keine doppelten Standards geben. Es ist paradox, berechtigte Kritik an der Unterdrückung von Journalisten in Diktaturen zu üben, aber zu der Verfolgung von Assange durch die Führungsmacht des freien Westens zu schweigen. Eine wertebasierte Außenpolitik muss auch gegenüber Partnern und Verbündeten gelten. Wer sich den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtet sieht, kommt nicht umhin, sich auch für die Freiheit von Julian Assange einzusetzen.

Die australische Regierung, aber auch die Staatsoberhäupter und Regierungschefs von vier lateinamerikanischen Ländern haben die Freilassung von Assange gefordert. Schließen Sie sich bitte Ihnen an. Ihre Kabinettskollegin und Parteifreundin Claudia Roth hat erklärt, dass „seine Freilassung ein gutes Signal für die Pressefreiheit“ wäre. Die Schikanen, denen er in der Auslieferungshaft unterworfen ist, sind ein Skandal. Angesichts seines sich stetig verschlechternden Gesundheitszustands besteht akuter Handlungsbedarf.

Wie Sie wissen, liegt es in der Hand von US-Präsident Biden und seiner Regierung, das Ermittlungsverfahren gegen Assange zu beenden. Wir begrüßen, dass Präsident Barack Obama im Jahr 2017 bereits die US-Whistleblowerin Chelsea Manning begnadigt hat und sie nun in Freiheit leben

kann. Wir bitten Sie eindringlich, bei all Ihren Gesprächen in Washington dafür Brücken zu bauen, dass Julian Assange nicht länger in Haft bleibt und endlich freikommt.

Handeln Sie – nicht zuletzt zur Verteidigung der Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland und Europa und damit zur Rettung eines zu Unrecht verfolgten Journalisten!

Mit hoffnungsvollen Grüßen

Günter Wallraff

Weitere Unterzeichner:

- Gerhart Baum (Bundesminister a.D.)
- Markus Beckdahl (Journalist)
- Jürgen Becker (Kabarettist)
- Karin Beindorff (Journalistin)
- Veronika Bock (Journalistin)
- Nora Bossong (Schriftstellerin)
- Irena Brežná (Schriftstellerin)
- Anke Brunn (Landesministerin a.D.)
- Frank Castorff (Regisseur)
- Jürgen Crummenerl (Rechtsanwalt)
- Herta Däubler-Gmelin (Bundesministerin a.D.)
- Gunter Demnig (Künstler)
- Petra Erler (Kabinettschefin EU-Kommission a.D.)
- Annegret Falter (Vorsitzende des Whistleblower-Netzwerk)
- Lisa Fitz (Kabarettistin)
- Eirini Franken (Historikerin)
- Peter Freitag (1. Stellv. Vorsitzender, Deutsche Journalistinnen und Journalisten-Union (dju))
- Holger Friedrich (Verleger)
- Sigmar Gabriel (Vizekanzler a.D.)
- Peter Gauweiler (bayr. Staatsminister a.D.)
- Kerstin Gleba (Verlegerin)
- John Goetz (Journalist)

- Hektor Haarkötter (Kommunikationswissenschaftler)
- Lutz Hachmeister (Filmproduzent)
- Kaspar Heidelberg (Regisseur)
- Elke Heidenreich (Schriftstellerin)
- Stefan Huth (Chefredakteur junge Welt)
- Barbara Junge (Chefredakteurin taz)
- Markus J. Karsten (Verleger)
- Thomas Kaspar (Chefredakteur Frankfurter Rundschau)
- Daniel Kehlmann (Schriftsteller)
- Navid Kermani (Schriftsteller)
- Albrecht Kieser (Journalist)
- Gerhard Klas (Journalist)
- Manfred Kloiber (Fachgruppe Medien, Journalismus und Film in ver.di Bundesfachgruppenvorsitzender)
- Markus Kompa (Rechtsanwalt)
- Uli Kreikebaum (Journalist)
- Michael Krüger (Schriftsteller)
- Sebastian Krumbiegel (Musiker)
- Friedrich Küppersbusch (Fernsehproduzent)
- Dirk Kurbjuweit (Chefredakteur Der Spiegel)
- Tomasz Kurianowicz (Chefredakteur Berliner Zeitung)
- Jupp Legrand (Geschäftsführer Otto-Brenner-Stiftung)
- Claus Liesegang (Chefredakteur Märkische Oderzeitung)
- Helge Malchow (Verleger)
- Eva Menasse (Schriftstellerin)
- Heidrun Merk (Landesministerin a.D.)
- Christian Mihr (Geschäftsführer Reporter ohne Grenzen)
- Wolfgang Neskovic (ehem. Richter am BGH)
- Christoph Partsch (Rechtsanwalt)
- Claus Peymann (Theaterregisseur)
- Volker Pispers (Kabarettist)
- Dagmar Ploetz (Übersetzerin)
- Christine Prayon (Schauspielerinnen)
- Eva Schaaf (Pfarrerin)

- Volker Schlöndorff (Filmregisseur)
- Gerhard Schmidt (Produzent)
- Kristine Schmidt (Journalistin)
- Renate Schmidt (Bundesministerin a.D.)
- Alice Schwarzer (Publizistin)
- Gesine Schwan (Politikwissenschaftlerin)
- Winfried Seibert (Rechtsanwalt)
- Michael Sontheimer (Journalist)
- Arno Steffen (Musikproduzent)
- Volker Steinhoff (Journalist)
- Frank Strickstock (Lektor)
- Micha Terjung (Produzentin)
- Uwe Timm (Schriftsteller)
- Ilija Trojanow (Schriftsteller)
- Georg Stefan Troller (Schriftsteller)
- Oskar Trüstedt (Student)
- Frank Überall (Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes DJV)
- Günter Verheugen (Vizepräsident der Europäischen Kommission a.D.)
- Norbert Walter-Borjans (ehem. Parteivorsitzender SPD)
- Harald Welzer (Soziologe)
- Heidemarie Wiecek Zeul (Bundesministerin a.D.)
- Ulrike Winkelmann (Chefredakteurin taz)
- Ranga Yogeshwar (Wissenschaftsjournalist)